

Hauptausgabe

Neue Luzerner Zeitung AG
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 75'518
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich


**UNI
FR**
**UNIVERSITÉ DE FRIBOURG
UNIVERSITÄT FREIBURG**

Themen-Nr.: 377.021
Abo-Nr.: 1086479
Seite: 4
Fläche: 19'513 mm²

«Wer in die Schweiz kommt, soll zahlen»

PROGNOSE bm. Während in Zürich die liberale Stiftung Avenir Suisse ihre Vorschläge zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative vorstellte (siehe oben), präsentierte gleichzeitig das Basler Forschungsinstitut BAK Basel an seiner Frühjahrstagung seine Einschätzung der Folgen der Initiative auf die Schweizer Volkswirtschaft. «Der 9. Februar hat in der Schweiz einiges verändert», sagte gestern der Chefökonom von BAK Basel, Martin Eichler, in Basel.

Die Abstimmung habe bereits das Investitionsklima deutlich belastet, sagte der Ökonom. Schon im laufenden Jahr dürften die Investitionen der Industriebetriebe in neue Ausrüstungen um einen halben Prozentpunkt weniger zulegen als ohne Initiative. Bis Ende 2015 liege das vom Institut prognostizierte Minus sogar bei über 2 Prozent pro Jahr. Nicht abzuschätzen seien die Folgen für die Schweizer Wirtschaft, wenn die EU ihrerseits mit Gegenmassnahmen reagieren würde. «Die Wachstumsverluste wären für die Schweiz dann mindestens bis ins Jahr 2020 deutlich spürbar», so Eichler. Die entscheidende Frage sei deshalb: Wie kann die Initiative umgesetzt werden, ohne dass die Schweiz den Marktzugang zur EU verliert? In Basel stritten

im Anschluss drei Topökonom:en Rudolf Minsch von der Economiesuisse, der Freiburger Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Reiner Eichenberger, sowie der Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Daniel Lampart. Als politischer Vertreter war SVP-Ständeratspräsident Hannes Germann (Schaffhausen) am Podium vertreten.

«Unsicherheit schon greifbar»

«Die Unsicherheit ist leider schon greifbar», sagte Rudolf Minsch. Es gebe bereits Konkurrenten wie Irland, die aus der Situation Nutzen schlagen wollen. «Die Unsicherheit für die Volkswirtschaft ist durch eine stetige und ungebremste Zuwanderung viel grösser», sagte hingegen Eichenberger. «Für uns ist klar:

Wir brauchen die bilateralen Verträge. Deshalb brauchen wir ein Migrationssystem, das nicht diskriminiert», sagt Lampart. Laut Germann, gäbe es eine «sehr liberale Lösung». Mit einer Höchstgrenze, die sehr hoch ausfallen könnte, brauche es auch gar keine Verteilung der Kontingente auf Kantone.

Grenzgängern Anreiz bieten

Wie also die Initiative umsetzen? Eichenberger sprach sich gegen Quoten

aus – und plädierte für eine Besteuerung der Zuwanderung. «Es sollte keine Mengensteuerung der Zuwanderung geben, sondern eine Preissteuerung», so Eichenberger. Damit würden Probleme mit der EU vermieden. «Es kann kommen, wer bereit ist, etwas zu zahlen», so Eichenberger. Kurzzeitaufenthalter sollten nichts zahlen, damit sie einen Anreiz haben, das Land schnell wieder zu verlassen. «Das macht ökonomisch Sinn», sagt Minsch. Die Vorschläge seien aber politisch nicht umsetzbar.



«Es sollte keine Mengensteuerung der Zuwanderung geben, sondern eine Preissteuerung.»

REINER EICHENBERGER,
UNIVERSITÄT FREIBURG